



Endlich das Berufsbildungsgesetz novellieren

Pressemitteilung von Rosemarie Hein, 01. September 2016

„Der Ausbildungsreport bestätigt leider abermals eklatante Mängel in puncto Ausbildungsqualität. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn sich in manchen Branchen keine Azubis finden lassen. Hohe Ausbildungsvertragsquoten, hoher Krankheitsstand, psychische Belastungen bis hin zu frei bleibenden Ausbildungsstellen - das sind Symptome schlechter Arbeitsbedingungen für Azubis in vielen Branchen und einer verfehlten Ausbildungspolitik. Überstunden ohne Anrechnung, fehlende fachliche Anleitung und Betreuung der Azubis und häufig schlechte Bezahlung sind nur die Spitze des Eisbergs“, erklärt Rosemarie Hein, Sprecherin für allgemeine und berufliche Bildung der Fraktion DIE LINKE, anlässlich des heute veröffentlichten Ausbildungsreports des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Hein weiter:

„Die von der Bundesregierung initiierte ‚Allianz für Aus- und Weiterbildung‘ kann keine gesetzlich definierten Standards, die auf Ausbildungsqualität

abzielen, setzen und verbindlich vorgeben. Daher fordert DIE LINKE dringend eine umfassende Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), die u.a. folgende Grundsätze mit aufnimmt: eine Mindestausbildungsvergütung, keine Beschäftigung, die über die vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit hinausgeht, die Einrichtung von Beschwerdestellen, die ein niedrighschwelliges und barrierefreies Beschwerdemanagement ermöglichen, sowie einen geeigneten Betreuungsschlüssel von Ausbildern und Azubis.

Bundesregierung und Bundesbildungsministerin Johanna Wanka müssen den Verzögerungskurs bei der Novellierung des BBiG endlich verlassen und sich aktiv für eine Nachjustierung zur Verbesserung der Ausbildungsqualität und für bessere Arbeitsbedingungen von Azubis einsetzen. Daneben sind auch die Unternehmen in der Pflicht, sich für mehr Ausbildungsqualität und bessere Ausbildungsbedingungen stark zu machen.“